

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 25 Goldpfennig
Einzelnummern 15 Goldpfennig (nur gegen Voreinsendung
des Betrags)

Verantwortlicher Schriftleiter: Paul Haase
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rüststraße 16
Fernsprecher Nr. 8300 — Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

Durch zur Klarheit

Lauflos sind wir ins neue Jahr hinübergeglitten. Woher soll auch Festes- und Freudenstimmung kommen? Der Hunger kratzt seine dürren Finger um den Hals, die Not bezog im Arbeiterhaus ständiges Quartier und das Elend schwingt seine Kräfte über die Arbeiterscharen. Für die Menschheit war ja schon viel gewonnen, daß sich nicht der angehäufte Groll und die Verzweiflung in blindem, leidenschaftlichen Ausbruch über die Lande ergoß. Oft genug drohte die Empörung über die Verwundung zu triumphieren.

Für die Arbeiterschaft war dieses Jahr ein mühselig, dornenvoller Weg. Ruhrkrieg — Währungszusammenbruch, zwei furchtbare Katastrophen, die ein Volk dem Ruin überlieferten. Es wäre ein mühseliges Beginnen, noch einmal all die Leiden und Nöte aufzuzählen; dieses Jahr kapitalistischer Schande wird ohnedies allen Zeitgenossen im Gedächtnis haften bleiben. Das Kapital von diesseits wie jenseits der Grenze hat Orgien gefeiert, die in der Geschichte der Menschheit schwerlich ihresgleichen haben. Die letzten Monate brachten die Krönung des Wertes und damit zugleich die geheimen Pläne der zurzeit in Deutschland herrschenden Junter von Schlot und Palm an die große Öffentlichkeit. Dem Kundigen allerdings waren sie längst offenbar. Die Klassengegensätze traten äußerst klar und scharf in die Erscheinung, so daß sie selbst den Erwigblinden sichtbar wurden und die hartnäckigsten Ignoranten das tatsächliche Bestehen von Klassengegensätzen zugeben mußten. Wer nun allerdings noch nicht von dem Wahn der Arbeitgemeinschaft geheilt ist, dem wird überhaupt nicht mehr zu helfen sein. Diese Erkenntnis hat die Arbeiterklasse als Gewinn zu buchen.

Unumstößlich steht fest, daß einflußreiche Kreise in Deutschland aus der grenzenlosen Verelendung des Volkes große Vorteile gezogen haben. Es sind bewußt Mittel angewandt worden, die in ihren Auswirkungen eine Steigerung der Not für das Volk brachten, da die Verelendung eine Voraussetzung für das Gelingen des reaktionären Planes war. Die Steuerhosen der Besitzenden, begünstigt von den bürgerlichen Parteien im Reichstag, gab dem Staat nicht die notwendigen Mittel, nur dem Arbeiter wurde gewissenhaft der Zehnte von seinem Lohn und Gehalt abgezogen. Diese Mittel, die fast einzigen Einnahmen des Staates, reichten zur Deckung der Ausgaben nicht aus, kurzerhand wurden Schulden gemacht, für die keine Deckung vorhanden war. Die Inflation trat ein und der Arbeiter war wieder der Leidtragende. Inflationsteuer nahm den Arbeitern den letzten Brost aus dem Munde, während sie dem Unternehmertum sabelhafte Gewinne mühelos in den Schoß warf. Diesen Zustand hat die besitzende Klasse bewußt gefördert. Sie wußte zu genau, daß die Arbeiterklasse in wirtschaftlich schlechten Zeiten sich nicht erfolgreich zur Wehr setzen kann. Alle Verbesserungsvorschläge von Arbeiterseite wurden in den Wind geschlagen, im allergünstigsten Falle erfolgten halbe Maßnahmen, die das Übel keinesfalls milderten, nur zu oft noch verschlimmerten. „Fachleute“ und „Fachminister“ verschützten ihre Kunst mit dem gleichen Erfolg. Alles bemies nur, daß ein Wille zu einer wirklichen Hilfe nicht vorhanden war.

Daß die deutschen Industriellen wissenschaftlich Sabotage der Produktion betreiben, um die Herrschaft über die Arbeiterschaft unumschränkt zu erhalten, ihre bevorzugte Herrenstellung wieder aufzurichten, geht auch aus dem Neujahrswort, den der neue Reichsbankpräsident Dr. Schmidt an die Kapitalisten richtet, mit aller Deutlichkeit hervor. Er verlangt die produktive Verwendung aller Kapitalströme und bezeichnet das Bestreben nach einer sogenannten Substanzhaltung als eine tödliche Gefahr für die deutsche Volkswirtschaft. Das ist natürlich nichts anderes, als daß dieser Mann, der es schließlich auch wissen muß, gleich uns die Auffassung vertritt, daß das deutsche Kapital sich überhaupt nicht bemüht, die Kräfte voll auszunutzen. Daß wohl von der Arbeiterschaft im Interesse des Volksganges die größten Opfer gefordert werden, das Kapital aber mit weit weniger Mittel und Kräften höheren Erfolg erhofft. Das hat uns bereits Marx gelehrt und daraus zieht die Arbeiterschaft den Schluß, daß die Produktionsmittel der Willkür des Privatunternehmers zum Wohle des Volksganges erzogen werden müssen. In dieser klaren Erkenntnis reicht es allerdings bei den bürgerlichen Politikern nicht aus.

Der Plan war, die Not und das Elend der Arbeiterschaft zu steigern bis sie zermüdet und schwach geworden sei. Die Arbeiterorganisationen mußten in den Strudel gerissen und durch die Geldentwertung ihrer Kampfkräft beraubt werden, damit die Arbeiterschaft von allem Schutze entblößt werde. Das war Borarbeit. Dann sollte der entscheidende Schlag gegen die Grundrechte der Arbeiterschaft, gegen das in jahrzehnte langem Ringen Erworbene und Geschaffene geführt werden. Eine erbärmliche Straßkammerpolitik des deutschen Unternehmertums, die Notlage eines Volkes selbsttätig auszubenten. Es sei ja nur an die Ruhrmoral erinnert, man brauchte den Bruder Arbeiter, um den Ruhrwiderstand zu führen, nachdem dieser nicht den erhofften Erfolg gebracht, suchten sie schnell auf der Gegenseite ihren Profit zu sichern und setzten dem Waffenbruder von getrennt den Siegerstiefel in den Nacken. Die Arbeiterschaft hat den Ruhrwiderstand wirklich nicht aus Liebe zum deutschen Unternehmer geführt, sie mußte den Kampf aufnehmen, der in den entscheidenden Augenblicken der einzige Ausweg für das deutsche Volk war. Sie ist darum auch von der Haltung der Industriellen keinesfalls enttäuscht. Marx nannte solches die blut- und schmutztriefende Moral des Kapitals. Eine bittere Warnung für diejenigen, die glauben, auf dem Weg der Verständigung mit dieser Klasse etwas Nennenswertes für die Arbeiterschaft zu erreichen.

Die Unternehmer wähten nun die Arbeiterschaft „sturmreif“. Sie sind mit dem Ergebnis der Vorarbeit, die sie selbst und die ihnen willfährigen Elemente geleistet haben, sehr zufrieden. Das rigorose Vorgehen in den Betrieben, das Durchsetzen aller reaktionären Gelüste und das brutale Ausnutzen der Volksnöte beweisen dies täglich. Mit satanischer Luft schwingen sie die Hungerpeitsche über die Arbeiter. Ausnahmezustand, Reichsregierung, Behördenapparate und Justiz sind ihnen dabei willfährig. Unter der üblen Marke des Wiederaufbaues, der Volksgesundheit und anderem werden alle Schufstereien an der Arbeiterschaft gutgeheißen und unterstützt. Wie wäre es sonst möglich, daß die Unternehmer sich Anweisungen erlauben können, die allen aus der Verfassung des Deutschen Reiches entspringenden Schutz beseitigen.

Die thüringischen Unternehmer erlassen ein Rundschreiben Nr. 199 an ihre Mitglieder, das eine Entschlieung enthält, welche die Unternehmer in einer Verbandsauschließung zu Weimar einstimmig angenommen haben und die einzuhalten der Herr Kommerzienrat Demmer (Eisenach) als moralische Verpflichtung bezeichnete. Was das Unternehmertum noch vor hat, geht daraus mit aller Deutlichkeit hervor. Es heißt da: „Der Lohn, ausgedrückt in Rentenmark, darf nicht mehr als höchstens zwei Drittel des Friedenslohnes betragen. Ein Lohnausfall gegenüber dem Frieden muß durch Mehrarbeit ausgeglichen werden.“ Daß wir Lebens- und Bedarfsmittelpreise haben, die weit über den Friedenspreisen stehen, stört die Unternehmer nicht; sie wissen das genau, denn sie fordern in ihren Beschlüssen: „Industriestellungen und Industzlöhne sind grundsätzlich abzulehnen.“ Das heißt aber nichts anderes, als daß sich kein Unternehmer unterstellen soll, sich durch Tatsachenmaterial von der wirklichen Not der Arbeiterschaft überzeugen zu lassen. Die Wahrheit muß grundsätzlich außer acht gelassen werden. Wenn es aber den Arbeiter hungern sollte, dann soll er mit seinem geschwächten, unterernährten Körper so viel länger husten, bis es zum Sattwerden reicht. Dabei ist aber keiner der Unternehmer in der Lage, der Arbeiterschaft überhaupt eine Arbeitsgelegenheit bieten zu können. Sind doch schon Fälle zu verzeichnen, daß es den Unternehmern gelungen ist, die Arbeiter einzelner Betriebe zur Annahme der neun- und zehnständigen Arbeitszeit zu bewegen und nachdem die armen Teufel den Sirenenklängen von der volkswirtschaftlichen Notwendigkeit glauben geschenkt und zu den traurigen Bedingungen die Arbeit ausgenommen hatten, fanden nach wenigen Tagen erneute Arbeiterentlassungen, und zwar wegen — Arbeitsmangel, statt. Dem Unternehmer war es genügend, die Arbeiter bei längerer Arbeitszeit in den Betrieb zu bekommen. Mehrproduktion, Mehrerzeugung war ja nur eine Phrase.

Etwas anderes liegt aber den Unternehmern noch schwer auf dem Herzen, was sie jetzt — sie bezeichnen die gegenwärtige Zeit als ungemein günstig für sich — unter allen Umständen mit erreichen wollen, nämlich wie sie beschließen: „Die Friedensspanne zwischen den Arbeiter- und Untergruppen muß unbedingt wieder erreicht werden.“ Was dies bedeutet, darüber wird sich jeder Arbeiter vollständig im klaren sein. Die früheren Ungerechtigkeiten, die in der Entlohnung zwischen Alten und Jungen, zwischen Gelehrten und Ungelernten bestanden, sollen wieder erziehen und alle erzielten Fortschritte beseitigt werden. Der Unternehmer wünscht auch dadurch die Uneinigkeit unter den Belegschaften zu fördern.

Von besonderer Bedeutung ist die Anweisung, die die Unternehmer in den Punkten 4 und 5 ihrer Entschlieung geben. Sie sollen wörtlich ohne Kommentar folgen, um die Wirkung nicht abschwächen:

4. **Schiedsprüche, die über die angegebene Höhe aus über die Friedensspanne hinausgehen, auch die für verbindlich erklärten Schiedsprüche (Zwangstarife), sind unbedingt abzulehnen. Gegebenenfalls müssen die Arbeitgeber mit Zwangsmaßnahmen (Kesselferrung) derartige Fälle, die Einigungs- und den Wiederaufbau hindernde Rohpolitik der Schlichtungsbehörden bekämpfen.**

5. **Das überflüssige Schlichtungsweien ist, wenn die rechtsgesetzlichen Bestimmungen hierüber noch nicht aufgehoben werden, in Zukunft abzulehnen. Ein Zustandekommen von Schiedsprüchen über die oben angegebene Lohnhöhe hinaus ist eventuell durch Nichtteilnahme an der Spruchfällung durch die Arbeitgeberverträtiger zu vereiteln.**

Solche Sprache ist mehr als deutlich. Nun sind die Wünsche der Unternehmer allgemein bekannt, aber wohl selten ist mit einer derartigen Unverfrorenheit zu Werke gegangen worden, wie es aus dem angeführten Rundschreiben spricht. Wir wollen nicht vergessen, daß dies die gleichen thüringischen Unternehmer sind, die, um den Einfluß der sozialistischen Arbeiterschaft in Thüringen bei der demnächst stattfindenden Landtagwahl zu brechen, beschlossen haben, bedeutende finanzielle Mittel fortlaufend den bürgerlichen Parteien zuzustellen. Unsere thüringischen Kollegen mögen sich dies eine Warnung sein lassen und versuchen, alles daran zu setzen, ihren Einfluß zu erhalten und damit den Übermut der Unternehmer zu brechen.

Die zurzeit herrschende Regierung kommt dem Unternehmertum im weitesten Maße entgegen. Die neue Arbeitszeitverordnung mit dem „grundgesetzlichen“ Sippenbekenntnis zum Achtstundentag und dem darauf folgenden Wust von Ausschlußparagrafen, die den Achtstundentag tatsächlich vernichten, ist am 1. Januar in Kraft getreten. Der Ausnahmezustand hehmt die Arbeiterschaft in ihrer Interessensvertretung und ungünstige Bestimmungen sind zum gleichen Zweck erlassen. Dazu die Seite

der Krise für die Arbeiterschaft. Das kapitalistische Bürgertum hat einen Zustand künstlich geschaffen und will die Zeit nun für sich ausnützen. Das soll ihm aber nicht gelingen. Der Achtstundentag ist errungen und wenn die großen Arbeitermassen den Wert für die Menschheit erkannt haben, dann wird keine Macht imstande sein, ihn uns wieder zu entreißen. Keinesfalls dürfen wir uns zurückdrängen lassen, müssen einig und geschlossen bleiben, dann wird es auch gelingen, die reaktionären Anschläge zurückzuweisen. Die Kollegen müssen vor allem Dingen darüber wachen, daß keine Sonderabmachungen mit den Unternehmern an Stelle von Tarifverträgen geschlossen werden. Wie schon angeführt, werden den Arbeitern allerlei Versprechungen gemacht, nur um von vertraglichen Bindungen loszukommen und später werden keinerlei Abmachungen eingehalten. Die Arbeiterschaft hat keine Ursache, müßlos zu sein und sich in ein scheinbares, unvermeidliches Übel zu schaden. Die Krise muß und wird überwunden werden, nur Mut und Selbstvertrauen muß wieder her. Wenn wir auch noch nicht ganz die Gefahren überwunden haben, so haben wir doch jetzt Klarheit und Übersicht und die Organisationen werden wieder tatkräftig eingreifen. Das in der Krise durch vielerlei Umstände erschütterte Vertrauen zur eigenen Kraft der Arbeiter muß erneuert werden und gefestigt werden. Die Angriffe der Unternehmer werden an dem eisernen Willen der Arbeiterschaft gescheitern. Wir werden Sieger sein trotz alledem.

Die deutsch-sowjetrussischen Wirtschaftsbeziehungen

Es besteht kein Zweifel, daß Deutschland, unbeachtet seiner politischen und wirtschaftlichen Lage, dazu berufen ist, bei dem wirtschaftlichen Aufbau Sowjetrusslands eine hervorragende Rolle zu spielen. Und es darf gleich hinzugefügt werden, daß der Anteil Deutschlands an dem wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg Russlands ungleich größer sein wird als der amerikanischer, englischer und französischer Interessengruppen, die beim Rennen um Profit als erste durchs Ziel gingen. Denn es wird der deutsche Arbeiter sein, der in erster Linie dazu berufen ist, am Wiederaufbau Russlands mitzuwirken; dazu berufen oder dazu verdammt — als Kulturbürger!

Die Art des Verlaufs der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Russland und Deutschland als auch die späte Fühlungnahme sind nicht zufälliges. Der Festigungsprozess Russlands vollzog sich langsam, der Rapollovertrag blieb geraume Zeit leere Form. Es ist möglich, zu unteruchen, ob die Langsamkeit der Annäherung von Deutschland, das durch Währungszerfall und mäßigen politischen Zustand gehemmt, verursacht wurde. Jedenfalls waren es wechselseitige Zwangsläufigkeiten, die haben wie drüber der Verfolgung der Interessen entgegenstanden. Dann darf nicht übersehen werden, daß der Rapollovertrag Sonderbestimmungen und Unterverträge in sich schließt, ohne deren Regelung und Belegung ein Näherkommen der beiden Länder sehr erschwert wird. Von Bedeutung ist dabei der Abschluß eines Konsularvertrages, der in beiden Ländern die notwendige rechtliche Unterlage schafft, worauf sich der wirtschaftliche und gesellschaftliche Verkehr aufbauen kann. Inbeson, ungeachtet der Gremien und politischen Schranken sind aus wirtschaftlicher Notwendigkeit Handelsbeziehungen und Konzessionen zustande gekommen. Der deutsch-russische Markt hat eben nicht nur gleichartige Interessen infolge geographischer Verbundenheit, sondern man ist auch beiderseits an eine Reihe von Waren gewöhnt, die vor dem Kriege Austauschgüter darstellten.

Unter den Konzessionen an das Ausland, die vom Rate der Bolschewikerkommisionen bisher bestätigt wurden, befinden sich nach der sowjetrussischen Wirtschaftszeitung „Ekonomitscheskaja Schisna eine Anzahl Verträge mit deutschen Firmen. So ein Abkommen mit der Samburg-America-Linie über die Gründung einer deutsch-russischen Lager- und Frachtpostgesellschaft, weiter Abkommen mit der Aero-Union, der Firma Leni (Nutzung von Metallgittern aus Russland), der deutschen Saitbangeellschaft, dem Otto Wolff-Konzern, der Firma Krupp, den Zuckers Fabrikgezeugwerken, der Firma Robert Winthaus, der Werkweg und der Firma Kuben & Dielefeld. Nicht genannt sind in der oben angeführten sowjetrussischen Veröffentlichung die von der russischen Regierung erteilte Waldkonzession im Gebiet Roga-Asymat, die zur Gründung der Wolga-Galgindustrie in der Gegend gehört hat. Es ist bemerkenswert, daß an dieser Gesellschaft der Stines-Ronzern hervorragend beteiligt ist, und zwar durch die Deutsch-Lugewurgische Bergwerks- und Gültens-Gesellschaft, die Seltener Bergwerks-Gesellschaft in Berlin, L. S. für Hoch- und Tiefbauten in Essen und die Siemens-Bauunion S. m. b. H., Kommanditgesellschaft in Berlin. Der Zweck dieser Beteiligung ist klar: die Montanindustrie braucht Grubenholz, und der Stimmestoff- und Zellulose-Konzern (Kobolt) benötigt das Holz nicht zuletzt zur Erweiterung der ihm angeschlossenen „Meinungsfabriken“.

Im Laufe des letzten Halbjahres hat der deutsch-russische Holzhandel in besonderem Maße feste Formen angenommen, was nicht zuletzt auf das Konto der ersten osteuropäischen Holzmesse in Königsberg zu buchen ist. Natürlich sind die Konzessionäre durch die Abmachungen an einen bestimmten Wirtschaftsplan gebunden. Der Waldkonzessionen verlangt der russische Staat neben Naturalabgaben, daß der Konzessionär das gefällte Holz zum Teil im Lande verarbeitet und zu diesem Zweck Sägemühlen und Betriebe zur chemischen Holzverarbeitung errichtet. Immerhin stellt die Waldkonzession zurzeit eine der günstigsten Formen für die Beteiligung ausländischen Kapitals dar, da seit dem Kriege eine allgemeine Nachfrage nach Holz vorhanden ist und Russland sich durch seine riesigen Waldbestände in der Lage befindet, große Flächen an ausländische Unternehmungen zu vergeben zu können.

Unter den von der R. S. F. S. R. genehmigten Konzessionsverträgen ist neben dem Abkommen mit dem Otto Wolff-Konzern (Otto Wolff & Co., Wölnitz, Rheinstahl, van der Zypen, Wifener Eisenwerk), das zur Gründung der Deutsch-Russischen Handels-G. S. (Kuhgentorg) führte, der Erwerb der Krupp'schen Landkonzession von besonderer Bedeutung. Der zwischen dem Sowjetpublik und Krupp abgeschlossene Vertrag ist insofern einzigartig, als sich ein deutsches Montanunternehmen verpflichtet, in Russland Landwirtschaft zu betreiben. Es handelt sich dabei um Konzessionen im Vozneseniegebiet mit einem Gesamtflächeninhalt von 25 000 Desjatinen oder

100 000 Gekta. Gemäß den Bestimmungen des Vertrags wurde zunächst die deutsche Gesellschaft Kruppische Landkonzession...

Es gibt übrigens in Rußland eine Anzahl von Konzessionen, Fabrikbetrieben und Geschäftsbetrieben deutscher Firmen und Konzerne...

Die hier aufgeführten deutsch-russischen Beziehungen können erkennen, daß in die wirtschaftliche und politische Abgeschlossenheit Rußlands...

Europas Uebel in amerikanischem Urteil

Letzten Sommer machte der Schriftleiter der Zeitschrift der amerikanischen Kolonialführer, Albert Coyle, eine Studienreise durch Europa...

Die Fragen, die mit meine Freunde seit meiner Rückkehr immer wieder vorlegen, lauten: Worin besteht das Uebel in Europa? Warum herrscht dort Chaos und Revolution und wirtschaftlicher Bankrott?

Die Mitglieder der gewerkschaftlichen Kommission, die die Reise nach Europa unternahm, hatten eine ungewöhnliche Gelegenheit, die Antworten auf diese Fragen lernen zu lernen...

Die Tragödie des heutigen Europa besteht nicht in Mangel an Geld oder an Zahlungsmitteln oder an politischer Einheit. Wir haben es lediglich mit einem Mangel an Brüderlichkeit zu tun...

Ueber den Steuerabzug vom Arbeitslohn

Mit Wirkung vom 1. Januar 1924 an ist der Steuerabzug vom Arbeitslohn grundsätzlich geändert worden. Bisher waren vom gesamten Lohnbetrag 10 v. H. abzüglich jeder Kapitalerwerbungssteuer...

- 1. für neue Eheleute 30 Goldmark monatlich, 2. für volle Eheleute 12 Goldmark monatlich, 3. für volle Arbeitslose 2 Goldmark täglich...

Das neue Steuerabzugsverfahren ist durch diesen sogenannten „Kontingenzbeitrag“ werden die Steuerabzüge abgezogen, der Kapitalerwerbungssteuer ebenfalls befreit...

minderjährigen Kinder des Arbeitnehmers, wenn sie auf dem Steuerbuch von der Gemeindebehörde vermerkt sind, sowie für jeden auf dem Steuerbuch vermerkten mittellosen Angehörigen des Arbeitnehmers...

Aufhebung des Gesetzes über die Wiedereinstellung und Kündigung im besetzten Gebiet

Am 17. Juli 1923 (RGBl. I S. 648) hat der Reichstag ein Gesetz beschlossen, wonach im besetzten und im Einbruchgebiet alle Betriebsinhaber und deren Rechtsnachfolger verpflichtet waren...

Verordnung über die Aufhebung des Gesetzes über die Wiedereinstellung und Kündigung in Teilen des Reichsgebietes vom 20. Dezember 1923 (Reichsanzeiger Nr. 292 vom 22. Dezember 1923).

Auf Grund des § 1 Abs. 1 des Ermächtigungsgesetzes vom 8. Dezember 1923 (RGBl. I S. 1179) beordert die Reichsregierung nach Anhörung eines Ausschusses des Reichstages...

Das Gesetz über Wiedereinstellung und Kündigung in Teilen des Reichsgebietes vom 17. Juli 1923 (RGBl. I S. 648) wird mit Wirkung vom 1. Januar 1924 aufgehoben.

Wohnungsmiete und Wohnungsnot

Die organisierten Lohn- und Gehaltsempfänger aller Richtungen haben durch ihre Spitzenverbände gegen die geplante Mietsteigerung...

- 1. Das reichsgerichtliche Höchstmaß für die Neuregelung der Wohnungsmiete... 2. Die Aufwertung der gegenwärtigen Mieten darf nur nach Maßgabe der Steigerung der Kaufkraft der Löhne und Gehälter erfolgen...

Die Reichsregierung hat sich mit dieser Eingabe beschäftigt. Den Entwurf über die Mietsteigerung, der die allmähliche Aufwertung der Mieten bis auf 100 v. H. der Vorkriegsmiete bis zum 1. November 1924 vorsieht...

Goldmarkrenten für die Opfer des Krieges

Nach einer Verordnung vom 14. Dezember 1923 werden vom 1. Dezember 1923 an die Renten nach dem Reichsversorgungsgesetz in Goldmark berechnet...

Table with 2 columns: Rent amount (e.g., 30 v. H., 40 v. H., 50 v. H.) and corresponding Goldmark rent (e.g., 48, 60, 72).

Die Zusatzrente für Schwerbeschädigte beträgt bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um 50 bis 60 v. H. 72 M., um 70 bis 80 v. H. 216 M. und um mehr als 80 v. H. 360 M. für Frauen oder Empfänger von Witwenrenten...

Ein neues Metallarbeiterblatt in England

Kürzlich haben wir ein neues Monatsblatt unserer englischen Verbandsgesellen erhalten. Es nennt sich Man and Metal (Mann und Metall), die Zeitschrift der Verbindung der Eisen- und Stahlarbeiter...

Das Kapital flüchtet zu Rußland

Durch die Krise geht ein Bericht, wonach sich das Weltkapital in der Schweiz im Laufe dieses Jahres vermehrt haben soll. Es wird bereits von einem Rückgang der Kapitalanhäufung gesprochen...

durchgeführten Änderungen der Steuergeetze und besonders in der Abschaffung der Erbschaftsteuer in gerader Linie gesehen. Abgesehen kommt die Überführung von Kapital nach Italien auch in dem Ankauf italienischer Effekten und Geschäftsanteilen für fremde Rechnung zum Ausdruck.

Zwei Tatsachen werden mit diesem Bericht erwiesen. Die eine besteht darin, daß das Kapital keine „vaterländischen“ Rückflüsse kennt, und zweitens, daß es in Rußland seinen besten Beschützer erblickt.

Sadentkreuzhelfer

Das scheint eine ganz neue, bessere Marke zu sein. Zwei von der Sorte bieten sich im Annoncenenteil der Sadentkreuzzeitung „Der Streiter“ in folgendem Stellengesuch an:

Nationalsozialisten, Flüchtlinge aus Sowjetrussen, suchen Stellung Angebote unter Nr. 2637 an die Expedition dieses Blattes.

Das „Sowjetrussen“ allein würde genügen, daß einige ungeliebte, mitleidige Unternehmer ihre Arme öffnen, um diese teuren „Arbeiter“ dazwischen zu schießen. Solche Kreaturen werden mit Vorliebe eingestellt als Probolaktoren, Zuträger und zur Bepflanzung der Arbeiterkassen. Kollegen, seht euch, ganz besonders in der Zeit, die so von ungehörig in die Betriebe hineingeschleichen geheimnisvollen Elementen mit wachsamem Auge an.

Eingegangene Schriften

Rosa Luxemburg: Briefe an Kar und Luise Kantke, 1896 bis 1918. Volkshausgabe. Meinvertrieb: Zentralvertrieb zeitgeschichtlicher Bücher, G. m. b. H., Berlin W 30, Gleibitzstr. 6. Preis kart. 2,50 Grundzahl mal Schlüsselzahl der Buchhändler. — Das Buch ist jetzt als Vollausgabe zu einem sehr niedrigen Preis erschienen. Die erste Ausgabe, die 750 Grundzahl war für die Arbeiterkassen unerschwinglich. Trotzdem ist das Buch in der Herstellung hochwertig. Der Briefwechsel zeigt Rosa Luxemburg nicht nur als Politikerin, sondern als tiefführenden, mitleidvollen Weib, das mit warmem dichterischem Schwung auch zu nichtpolitischen Erscheinungen der Zeit, zu Natur und Menschenkenntnis ihre Meinung zu sagen wußte. Mag man zur politischen Persönlichkeit Rosa Luxemburgs stehen, wie man wolle: ihre Briefe sind politischer Argumentation entbehrlich und machen die Verfasserin zu einer einzigartigen Erscheinung, die aus dem Kulturbild unserer Zeit nicht fortzubedenken ist.

Die Werkzeuge, deren Behandlung und Reparatur. Bearbeitet von Gewerkschaftslehrer Otto Pippmann. Verlag von Gustav Hoff, Dresden-N 16. Grundpreis 3 M. mal Schlüsselzahl. — Der in Fachkreisen bekannte Verfasser hat auf 64 Seiten mit circa 200 Abbildungen die wichtigsten Werkzeuge zur Metallbearbeitung sachlich knapp, aber klar behandelt.

Jahrbuch des ADGB für das Jahr 1922. Zum ersten Male erscheint das Jahrbuch des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, das über die Tätigkeit des Bundes hinaus auch noch anderen Ansprüchen genügen soll. Es gibt in Ergänzung der Jahrbücher der einzelnen Organisationen eine gedrängte Übersicht über die Gesamtbewegung der Gewerkschaften und ist eine Materialquelle für die Gewerkschaften selbst wie für alle Außenstehenden, die der Gewerkschaftsbewegung ihre Teilnahme bezeugen. Obwohl der jetzt so starke Sparzwang zu mancherlei Beschränkungen nötigte, bietet doch dieses Buch einen tiefen Einblick in den Aufgabenkreis, auf den sich die Tätigkeit des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erstreckt, und zeigt, welche ungeheure Aufgabenlast von der Spitzenorganisation der freien Gewerkschaften auf sozial- und wirtschaftspolitischen Gebieten zu bewältigen war.

Mitteilungen des Vorstandes

Telegrammadresse: Metallvorstand Stuttgart

Mit Sonntag den 18. Januar ist der 3. Wochenbeitrag für die Zeit vom 12. bis 19. Januar 1924 fällig.

Table showing contribution amounts: Das Beitrittsgehalt beträgt: für Personen über 18 Jahre ohne Unterschied des Geschlechts 0,50 Goldmark...

Dieses Beitrittsgehalt von 0,10 Goldmark gilt ab 1. Beitragswoche 1924 für besonders niedrig bezahlte Lehrlinge in handwerksmäßigen Betrieben und für weibliche Personen mit sehr niedrigem Verdienst.

Der Wochenbeitrag für Invaliden und der niederste Beitrag für Lehrlinge beträgt ab 1. Beitragswoche 1924 0,05 Goldm.

Die Einstufung der Invaliden in andere Beitragsklassen ist unzulässig. Der angegebene Beitragssatz für Lehrlinge ist lediglich als niederster Satz zu betrachten. Die Lehrlinge müssen nach ihrem durchschnittlichen Stundenverdienst eingestuft werden.

Die Erhebung eines Beitrags wird nach § 6 Abs. 7 des Verbandstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Table listing administrative bodies and their contribution amounts: Amberg 0,10 Goldmark, Bayreuth 0,05, Braunschweig (je nach Beitragsklasse) 0,05 u. 0,10 Goldm., Berlin 0,10 Goldmark, Göttingen 0,05, Gießen (je nach Beitragsklasse) 0,05 u. 0,10 Goldm., Hannover (je nach Beitragsklasse) 0,05 u. 0,10, Karlsruhe (je nach Beitragsklasse) 0,05 u. 0,10, Koblenz (je nach Beitragsklasse) 0,05 u. 0,10, Krefeld (je nach Beitragsklasse) 0,05 u. 0,10, Landshut (je nach Beitragsklasse) 0,05 u. 0,10, Landsberg a. W. (je nach Beitragsklasse) 0,05 u. 0,10, Leipzig (je nach Beitragsklasse) 0,05 u. 0,10, Lüdenscheid (je nach Beitragsklasse) 0,05 u. 0,10, Ludwigshafen (je nach Beitragsklasse) 0,05 u. 0,10, Magdeburg (je nach Beitragsklasse) 0,05 u. 0,10, Meiningen (je nach Beitragsklasse) 0,05 u. 0,10, Oberbrunn (je nach Beitragsklasse) 0,05 u. 0,10, Offenbach a. M. (je nach Beitragsklasse) 0,05 u. 0,10, Osnabrück (je nach Beitragsklasse) 0,05 u. 0,10, Regensburg 0,05 Goldmark, Stuttgart (je nach Beitragsklasse) 0,05 u. 0,10 Goldm., Würzburg (je nach Beitragsklasse) 0,05 u. 0,10.

Die Nichtbezahlung dieser Beitragsbeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge. — Für die Lehrlinge- und Invalidenklassen dürfen diese Beitragsbeiträge nicht erhoben werden.

Der in Nr. 50 v. J. der Metallarbeiter-Zeitung angekündigte Artikel von Johannes Marquardt, geb. am 12. Juli 1889 zu Camperhagen, hat sich vor Bekanntwerden seiner Ausschließung ein öffentliches Mitgliedsbuch Nr. 559344 (Ordnungsnummer S. 334) zu verschaffen gesucht. Verwaltungen, denen der Aufenthalt in bekannt wird, wollen an die Verwaltung Offenbach a. Main berichten. Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Stad- und Verlag von Alexander Schütz & Co., Stuttgart, Kriegerstraße 16b.